

# Tagungsbericht

*Leoni Linek, Lilian Hümmler und Sandra Čajić*

## »Das wird man doch wohl noch sagen dürfen!« Zum Stand der Anti-Political Correctness Bewegung in Deutschland.

7. und 8. Dezember 2017, Humboldt-Universität zu Berlin

Queeren, feministischen und antiras-sistischen Politiken wird regelmäßig unterstellt, ihre Kämpfe um Deutungsmacht kämen einer Zensur gleich: Von Sprechverboten, autoritärem Aktivismus und übertriebener politischer Korrektheit ist die Rede, wenn es etwa um Triggerwarnungen, Safe(r) Spaces oder diskriminierungssensible Sprache geht. Vor allem rechte Bewegungen und AkteurInnen<sup>1</sup> gerieren sich demgegenüber als Anti-PC und wollen ihre Grenzüberschreitungen als Form der Ermächtigung verstanden wissen. Frei nach der Stammtischparole: »Das wird man doch wohl noch sagen dürfen!«

Unter eben diesem Motto versammelten sich am 7. und 8. Dezember 2017 Forscher\*innen und Aktivist\*innen an der Humboldt-Universität zu Berlin, um im Rahmen eines wissenschaftlichen Kolloquiums über den

»Stand der Anti-Political Correctness Bewegung in Deutschland« zu diskutieren. Organisiert wurde die Tagung von *Stefanie C. Boulila*, *Christiane Carri*, *Gabriele Jähnert* und *Kerstin Palm* vom Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZtG). Wir berichten zunächst über ausgewählte Beiträge, die sich mit den folgenden Fragen beschäftigten: Wie ist das Phänomen zu fassen? Welche Erklärungsansätze bestehen für das Phänomen? In einem zweiten Schritt werden mögliche Handlungsstrategien vorgestellt.

*Eva Redecker* fasste die Anti-Political Correctness Bewegung unter dem Begriff des »Antigenderismus«, der wahnhaften Vorstellung von einer bedrohlichen Verschwörung der Gender Studies. Diverse AkteurInnen, von evangelikalen ChristInnen bis hin zu organisierten Nazis, ließen sich unter diesem Begriff bündeln. Antigenderismus sei als eigenständiges Phänomen zu betrachten statt als »Antifeminismus der Gegenwart«, da er eine Ideologie zweiter Ordnung darstelle: Es handle sich nicht um eine neue Form des Sexismus, sondern vielmehr um den Versuch, alte Sexismen und Rassismen gegen Angriffe zu bewahren. Die ideologischen Ansprüche erster Ordnung, die

<sup>1</sup> Wir verzichten im Folgenden auf die Verwendung einer Schreibweise, die versucht, alle Geschlechtsidentitäten (gekennzeichnet durch \* oder \_) einzuschließen, da in einem rechten geschlossenen Weltbild kein Platz für Realitäten jenseits der Zweigeschlechtlichkeit ist. Stattdessen wird hier auf das Binnen-I zurückgegriffen.

im Antigenderismus verteidigt werden, ließen sich als »Phantombesitz« beschreiben, so Redecker. Sie stellten zwar Ansprüche über verdinglichte Andere dar, seien jedoch kein Eigentum im modernen Sinne, da sie weder zerstörbar, noch mobil seien. Ähnlich wie bei Privilegien handle es sich um ständische Besitztitel, doch im Gegensatz zu dem, was im Privilegiendiskurs oft suggeriert werde seien diese Ansprüche nicht umverteilbar. Redecker erklärte dieses Phänomen mit der Akkumulation von Ressentiment, verstanden als Gefühl der Übervorteilung bei gleichzeitiger Ohnmacht, etwas an der Übervorteilung ändern zu können. Dies schlage in eine regressive Ermächtigung um, die im Falle von Antigenderismus darin bestehe, die »ewig gestrigen Rassismen und Sexismen« wieder sagbar zu machen und sie gegen vermeintliche Sprechverbote zu postulieren.

*Mona Motakef*, *Christine Wimbauer* und *Julia Teschlade* sprachen hingegen von Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. Der Begriff »Antigenderismus« sei eine rechte Selbstbezeichnung und impliziere, dass es tatsächlich so etwas wie »Genderismus« gäbe. Hinter diesen Diskursen verberge sich eine Vielzahl unterschiedlicher AkteurInnen, die alle der Bezug auf »Gender« verbinde: Zu ihren Ansichten gehöre etwa, dass Gender Mainstreaming als »staatlich verordneter Feminismus« Jungen und Männer benachteiligte, dass in Kindergärten und Schulen eine »Früh- und Homosexualisierung« stattfände, sowie dass Gender Studies unwissenschaftlich wären und Steuergelder verschwendeten. Gender fungiere also als symbolischer

Klebstoff, als *symbolic glue*, wie *Motakef*, *Wimbauer* und *Teschlade* mit Bezug auf *Andrea Petó* argumentierten. Zur Erklärung der aktuellen Entwicklungen schlugen sie eine prekarisierungstheoretische Perspektive vor: Die beschriebenen Diskurse seien als Reaktion auf Prekarisierungsprozesse zu verstehen, die nicht nur den Wandel von Sozialpolitik und Erwerbssphäre, sondern auch die Erosion bisher unhinterfragter Gewissheiten umfassten. Prekarisierung ließe sich mit *Pierre Bourdieu* als »Irritation der doxischen Erfahrung« (2005, 188) begreifen – und die Gender Studies mit *Nina Degele* als »paradigmatische Verunsicherungswissenschaft« (2003, 9). Jüngste politische Maßnahmen, wie Gender Mainstreaming, eine Frauen-Quote in Aufsichtsräten oder die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare führten ebenso wie Erkenntnisse aus der Geschlechterforschung zum Brüchigwerden einst als selbstverständlich erachteter Normalisierungsregime in Bezug auf Männlichkeit, Weiblichkeit, Familie, Sexualität oder Kindheit.

*Jana Cattien* plädierte dafür, eher von Antifeminismus als von Antigenderismus zu sprechen, um das Phänomen nicht auf Geschlechterpolitiken zu begrenzen. Feminismus ließe sich intersektional als »Kritik aller Herrschaftsformen« verstehen; die Rede vom Antifeminismus sei daher adäquater, um den in Anti-PC Diskursen eingewobenen Rassismus ebenfalls zu problematisieren. *Cattien* betonte – was bis dahin wenig zur Sprache gekommen war – dass auch selbsternannte Linke und Feminist\*innen an diesen Diskursen beteiligt seien. Anhand eines Ausschnitts aus einem Interview

mit Alice Schwarzer und Anne Wizo-  
rek in *Der Spiegel* veranschaulichte sie,  
wie sich Vertreter\*innen eines *weißen*  
Feminismus als Pionier\*innen emanzi-  
pativer Kämpfe gerierten und Antiras-  
sismus als »main enemy« begriffen.  
Dieser diskursive Zug sei eine Art von  
»retrospective engineering« und impli-  
ziere nicht nur die Ent-Nennung  
(»erasure«) von Rassismus, sondern  
auch eine neue Haupt- und Nebenwi-  
derspruchslogik, in der *weißer* Feminis-  
mus an die Stelle des Hauptwider-  
spruchs geklommen sei. Als psychoana-  
lytische Struktur vermutete Cattien  
dahinter eine Form von Ohnmacht  
und das Festhalten an der Fantasie, das  
*weiße* feministische Subjekt könne ihr  
Ideal erlangen, wenn nur antirassis-  
tische, queere und andere emanzipative  
Kämpfe nicht wären.

Auch *Vanessa Thompson* plädierte für  
eine intersektionale Herangehensweise  
an das Phänomen und betonte, dass  
Abwehrreaktionen auf Rassismuskritik  
auch unter Linken und in der Akade-  
mie allgegenwärtig seien. Eine Viel-  
zahl an politikwissenschaftlichen Dis-  
kursen brächten sich aktuell gegen  
»Identitätspolitik« in Stellung und  
bemängelte die Vernachlässigung der  
»sozialen Frage«, die sie auf die ver-  
meintlich symbolischen Kämpfe um  
Anerkennung von Minderheiten zu-  
rückführten (vgl. Fraser 2017, Lilla  
2016). Dies erklärte Thompson anhand  
einer »crisis of whiteness«, denn nicht  
nur männliche Herrschaft, sondern  
auch Weißsein werde gegenwärtig pre-  
kär. Unter Bezugnahme auf W.E.B.  
Du Bois (1935) argumentierte Thomp-  
son, dass *weißen* Subjekten bisher nicht  
nur ökonomische Vorteile, sondern  
auch eine soziale und psychologische

Dividende des Rassismus in Form von  
»wages of whiteness« zuteil wurde.  
Diese Formen der Anerkennung wür-  
den zunehmend brüchig, weshalb die  
Kolonialität von Prekarisierungspro-  
zessen unbedingt Teil der Analyse sein  
müsse. So lasse sich erklären, warum  
manche »veränderte Bevölkerungstei-  
le«, die ebenso von ökonomischer Pre-  
karität betroffen sind, nicht rechtspo-  
pulistisch wählen, gegen Gender Stu-  
dies hetzen oder anti-PC eingestellt  
sind.

Die Versuche, das Phänomen der  
Anti-PC Bewegung zu beschreiben,  
zeigten, dass es unterschiedliche Erklä-  
rungsansätze und streitbare Punkte  
gab, jedoch waren sich alle Teilneh-  
menden einig, dass den rassistischen  
und sexistischen Positionen praktisch  
begegnet werden müsse. Bei einer Po-  
diumsdiskussion diskutierten Wissen-  
schaftler\*innen der Soziologie, Biolo-  
gie und katholischen Theologie, wel-  
che Handlungsstrategien sich anböten,  
um dem Vorwurf der Unwissenschaft-  
lichkeit zu begegnen, den Anti-Politi-  
cal Correctness Diskurse den Gender  
Studies machen. *Paula-Irene Villa* plä-  
dierte dafür, die Kritik ernst zu neh-  
men, die eigene Forschung sichtbar zu  
machen und in die jeweiligen Kon-  
texte zu übersetzen. Jedoch betonte  
Villa, dass Forscher\*innen den Auftrag  
hätten, Komplexität zu verhandeln und  
theoretisches Wissen zu generieren.  
Somit müsse auch die populistische  
Logik zurückgewiesen werden, nach  
der Gender-Wissenschaftler\*innen ihre  
Arbeit gegenüber der Öffentlichkeit  
erklären und rechtfertigen sollten.  
Denn laut Villa ist es wichtig darzule-  
gen, dass gute Forschung auch auf Re-  
flexivität und kritischen Diskussionen

und nicht nur auf messbaren Fakten beruhe. *Kerstin Palm* führte die Bedeutung innerdisziplinärer Debatten an: So müsse sich beispielsweise die Biologie gegen rechte Indienstnahmen wehren. Aber auch die Transdisziplinarität der Gender Studies berge das Potenzial, genderinformierte Forschung in unterschiedlichen Fachrichtungen zu ermöglichen.

*Biplab Basu* und *Johanna Mohrfeldt* stellten in ihrem Beitrag über die Aufarbeitung rassistischer Polizeigewalt konkrete Strategien zum Umgang mit diskriminierenden Praxen der Polizei vor. In Bezug auf *racial profiling* plädierte Basu für eine konsequente Ablehnung rassialisierter Profilbildungen in der Exekutiven. Des Weiteren forderte er, dass es statistische Erfassungen und Aufarbeitungen von gerichtlichen Urteilen geben müsse und dass u.a. jeder Einsatz von Schusswaffen durch Polizist\*innen juristisch verhandelt werden müsse. Insgesamt solle die Polizei stärker durch unabhängige Gremien kontrolliert werden, wodurch Dilemmata, wie beispielsweise dass Polizist\*innen gegen Kolleg\*innen ermitteln, begrenzt würden. Somit würde die Definitionsmacht bezüglich der Kriminalisierung von nicht-weißen Menschen, welche derzeit ausschließlich bei der Polizei liege, verschoben.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion mit unterschiedlichen Aktivist\*innen wurden weitere praktische Handlungsmöglichkeiten diskutiert. Dabei war die zentrale Frage, wie Identitätspolitik als Kampfbegriff gegen queere Bündnisse instrumentalisiert werde. *Patricia Purtschert* konstatierte, dass der Begriff häufig verwendet werde, um intersektionale, femi-

nistische Geschichte und Bewegungen zu diskreditieren. In der Diskussion problematisierten Teile des Podiums ein essentialistisches Verständnis von Identität, das manchen Politiken zugrunde liege. Indem der Begriff als Verteidigung für vermeintliche »Universalrechte« genutzt werde, würden vielschichtige und unterschiedliche Identitäten verdeckt. *AnouchK* forderte, dass beispielsweise bei der Organisation von Veranstaltungen, darauf geachtet werden müsse, auch andere Realitäten und Identitäten sichtbar zu machen. Dafür müssen sich bestehende Bündnisse personell wie auch thematisch öffnen. *Pum Kommattam* kritisierte das implizite Menschenbild, das über Debatten um PC zum Ausdruck kommt: In dem moralisch-dogmatischen Versuch politisch korrekt zu handeln, würden Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht ausreichend beleuchtet und angegriffen. Stattdessen müssen sich alltägliche Praxen etablieren, in denen sich auch aktivistische Subkulturen kritisch mit Hierarchien und Wissen auseinandersetzen.

Das wissenschaftliche Kolloquium am ZtG brachte eine Vielzahl unterschiedlicher Analysen und Positionen zusammen. Anders als der Titel der Tagung suggeriert, handelt es sich bei Anti-Political Correctness nicht um eine kohärente Bewegung, sondern um vielfältige Positionen, die u.a. auf Rassismus und Sexismus basieren. Insofern lassen sich Anti-PC Diskurse auch nicht monokausal erklären. Obgleich es kontroverse und z. T. gegensätzliche Erklärungsansätze gab, waren die Diskussionen nicht minder produktiv, sondern durchaus bereichernd. Auf Kritikfähigkeit und die Bereitschaft, feministische

Allianzen und gesellschaftskritische Bündnisse zu schmieden, wird es – so zeigten auch die Diskussionen über Handlungsstrategien – letztendlich ankommen, wenn Positionen gegen Political Correctness der Vergangenheit angehören sollen.

### **Literatur**

Bourdieu, Pierre (2005): Die männliche Herrschaft, Frankfurt a.M.  
 Degele, Nina (2003): Happy Together. Soziologie und Gender Studies als pa-

radigmatische Verunsicherungswissenschaften, in: *Soziale Welt* 54(2003), 9–30.

Du Bois, W.E.B. (1935): Black Reconstruction in America: An Essay Toward a History of the Part Which Black Folk Played in the Attempt to Reconstruct Democracy in America, 1860–1880. New York.

Fraser, Nancy (2017): From Progressive Neoliberalism to Trump – and Beyond, in: *American Affairs* 1(4), 46–64.

Lilla, Mark (2016): The End of Identity Liberalism. In *New York Times*, 18.11.2016.